



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 8. September 2023

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 11. September 2023

Fokusthema: **«Anti-Chaoten-Initiative»**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag ausführlich über die «Anti-Chaoten-Initiative» diskutieren. Anschliessend wird er bis zum Sitzungsende über die vorläufige Unterstützung von möglichst vielen der traktandierten parlamentarischen Initiativen entscheiden.

«Chaoten» sollen stärker in die Pflicht genommen werden

Die Urheber der Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative») wollen Demonstranten für Ausschreitungen und Vandalismus zur Kasse bitten. In Form der allgemeinen Anregung verlangen sie, erstens, eine Bewilligungspflicht für Kundgebungen in der Öffentlichkeit. Zweitens sollen Veranstalter und Teilnehmer von unbewilligten Demonstrationen die Kosten von Polizeieinsätzen und Sachbeschädigungen tragen müssen. Das soll, drittens, auch der Fall sein, wenn Demonstranten bewilligte Kundgebungen oder Veranstaltungen stören. Und viertens sollen auch die Kosten der Räumung besetzter Liegenschaften auf die Besetzerinnen und Besetzer oder beteiligten Organisationen aufgeteilt werden. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, der Volksinitiative zuzustimmen ([5892](#)). Die knappe Kommissionsmehrheit sieht Handlungsbedarf, weil die momentane Gesetzeslage lediglich die Möglichkeit einer Kostenverrechnung vorsieht, die «Chaoten» zu wenig in die Pflicht nimmt und kantonsweit keine einheitliche Anwendung vorsieht. Klare Regelungen sollen für mehr Fairness und weniger Kosten für die Allgemeinheit sorgen. Für eine Minderheit (Grüne, SP, GLP, AL) ist eine zwingende Kostenabwälzung für jegliche Schäden auf alle Teilnehmenden oder gar Veranstalterinnen und Veranstalter nicht verhältnis- und rechtmässig. Die Grünen, SP und AL sehen in der geforderten Bewilligungspflicht zusätzlich eine systemwidrige Einschränkung der Gemeindeautonomie. Mit 10 zu 5 Stimmen hat sich die Mehrheit der Kommission in Anlehnung an den Antrag des Regierungsrates auf einen Gegenvorschlag geeinigt, welcher der Kernforderung nach einer zwingenden Verrechnung von Polizeikosten dahingehend nachkommt, dass eine solche bei ausserordentlichen Polizeieinsätzen und vorsätzlich handelnden Verursacherinnen und Verursachern statuiert werden soll. Zusätzlich sollen Demonstrationen, Kundgebungen oder anderweitige Veranstaltungen zwingend durch das zuständige Gemeinwesen bewilligt werden müssen. Eine Kommissionsminderheit aus SP, Grünen und AL beantragt einen Gegenvorschlag, der statt einer zwingenden Verrechnung von ausserordentlichen Polizeikosten eine Verrechnung «in der Regel» vorsieht. Organisatorinnen und Organisatoren sowie Teilnehmende von Kundgebungen sollen damit nicht vorverurteilt und unter Generalverdacht gestellt werden.

Kommissionspräsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit zur Volksinitiative: Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54

Minderheit zum Gegenvorschlag: Leandra Columberg (SP, Dübendorf), 078 683 61 47

Parlamentarische Initiativen zu Jugendparlament, Steuern, Notstandsgesetz und Wahlplakaten

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ein paar der zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf der Traktandenliste behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SVP-Kantonsrat René Isler, dass eine Alters-Obergrenze von 18 Jahren für das kantonale Jugendparlament eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)). Die PI wird gemeinsam mit jener von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz behandelt, welche mit Unterstützung der EVP eine Erhöhung der Alters-Obergrenze von 21 auf 25 Jahre fordert ([KR-Nr. 393/2022](#)). CSP-Kantonsrat Beat Bloch verlangt mit einer PI, die von den Grünen und der AL unterstützt wird, eine Änderung des Steuergesetzes, damit Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die über wenig Vermögen verfügen, bei Kaufkraftverlust Ermässigungen auf den errechneten Steuerbetrag erhalten ([KR-Nr. 392/2022](#)). Die Geschäftsleitung des Kantonsrates will als Folge der Corona-Pandemie die Notstandsgesetzgebung dahingehend ändern, dass der Kantonrat in Krisenfällen die Verfahrensherrschaft innehat und den Gesetzgebungsprozess steuern und beschleunigen kann ([KR-Nr. 452/2022](#)). GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig verlangt eine Abschaffung des Unternutzungsabzugs infolge nicht genutzten Wohnraums im Steuergesetz ([KR-Nr. 14/2023](#)). Und SP-Kantonsrätin Nicola Yuste will mit Unterstützung von Grünen, Mitte, EVP und AL, dass die Gemeinden vor Wahlen und Abstimmungen für eine angemessene Anzahl von Standorten auf öffentlichem Grund für das kostenlose und bewilligungsfreie Anbringen von Wahl- und Abstimmungsplakaten sorgen müssen ([KR-Nr. 108/2023](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71

Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Referent der Geschäftsleitung: Dieter Kläy (FDP, Winterthur), 079 207 63 22

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), 079 661 51 49

Nicola Yuste (SP, Zürich), 077 419 03 76

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12